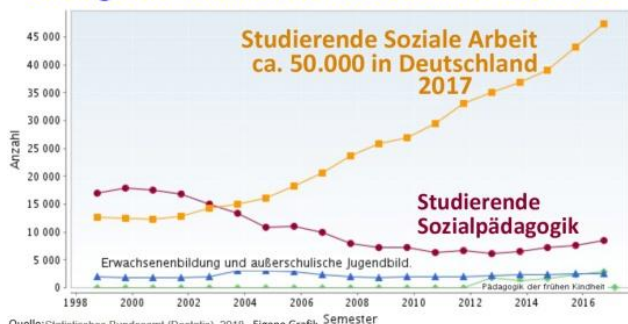


# Über den Verlust an Reflexivität im Studium und wie Hochschulen, Studiengänge und Absolvent\*innen der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik auf passgenaues Funktionieren eingetrimmt werden

Dipl. Soz.-Päd. Rodolfo Bohnenberger, September 2018

Um Wissenschaftlichkeit und Reflexivität, um die Freiheit der Lehre und Forschung und **dafür notwendige Voraussetzungen** in den Studiengängen der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik ist es nicht gut bestellt. Die Möglichkeitsräume (zeitlich, strukturell, finanziell) für Kritik, In-Frage-Stellung des Bestehenden, Forschung, und Innovation sind dramatisch kleiner geworden; in unterschiedlichen Ausprägungen, je nachdem, ob die

## Anstieg der Studierenden SOZIALE ARBEIT 1998-2017



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2018 - Eigene Grafik

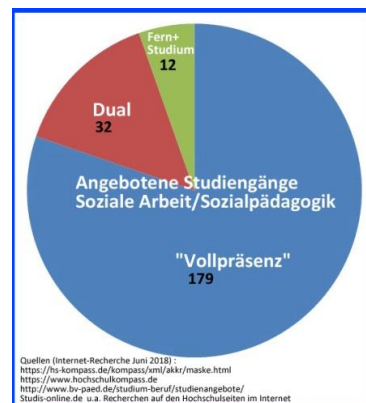
Studiengänge in Berufsakademien, in Hochschulen oder Universitäten angesiedelt sind, ob sie unter einem staatlichen, kirchlichen oder privaten "Dach" organisiert sind, bzw. auch abhängig von einzelnen engagierten Akteuren innerhalb der genannten Institutionen. Wissenschaftliche Produktivität wurde in den letzten 40 Jahren über drei große (historisch) ineinander verwobene Wellen eingeschnürt, auf die weiter unten noch näher eingegangen wird.

Wie weit heutige Studienkonzepte auseinanderliegen können, sei an drei Extremen erläutert: A. Ein Studium an

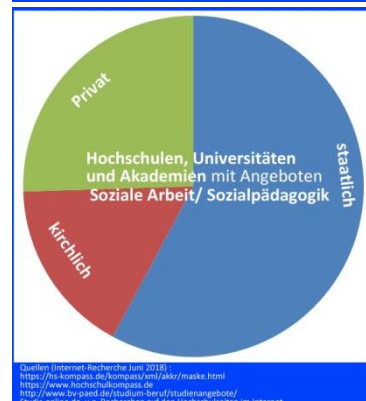
einer staatlichen, universitären, erziehungswissenschaftlichen Fakultät mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik, wo Austausch mit anderen Disziplinen gewährleistet ist und wo die Option auf Master und Promotion gegeben ist. - B. Ein Studium an einer kirchlichen Fachhochschule mit den alleinigen Schwerpunkten Soziale Arbeit und gesundheitliche Berufe, verbunden mit Studiengebühren (ca. 350,- Euro/Monat) und Lehrpersonal, welches an das kirchliche Arbeitsrecht gebunden ist. C. Ein Studium Soziale Arbeit an einer privaten, voll über Studiengebühren (500-700 Euro/Monat) finanzierten Berufsakademie mit nur diesem einen Angebot, in dem die Studierenden 60% der Zeit in einem dualen Praxisbetrieb verbringen, an den sie über einen Ausbildungsvertrag und vielleicht sogar eine mehrjährige Bleibeverpflichtung arbeitsrechtlich und finanziell gebunden sind.

Die inflationäre Beliebigkeit, mit der allüberall<sup>1</sup> von akademischem Studium die Rede ist, deutet darauf hin, dass es in "der Profession" große Unschärfen gibt, was überhaupt Studium und Wissenschaftlichkeit ist, welche Rahmenbedingungen Selbiges braucht, welches die Ziele eines STUDIUMS sein müssten<sup>2</sup>, wo der Unterschied zu Berufsausbildung ist und weshalb das von Bedeutung nicht nur für Lehrende und Studierende sondern auch für die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften, sowie die Adressaten Sozialer Arbeit sein könnte. Wir haben es in Deutschland mit einem Flickenteppich an Hochschulinstitutionen und einem Wildwuchs an Studienangeboten Soziale Arbeit/Sozialpädagogik zu tun, noch verkompliziert durch die föderale Struktur mit ihrer uneinheitlichen Verteilung der Regelungskompetenzen, wie auch der Vielfalt der öffentlichen und "freien" Träger, die all ihren Einfluss geltend machen, um die Curricula in ihrem Sinne (passgenaue Absolvent\*innen) zu verändern. "Unter dem Stichwort „Praxisverträglichkeit“ hofierte man vielerorts den bildenden Wert handwerklich-praktischer Erfahrungen und sprach darüber einer tendenziell technizistischen Methodenlehre eine höhere Bedeutung zu als der Aneignung wissenschaftlichen Wissens und der Einübung reflexiver Fallkompetenzen." (vgl. Thole 2012)

Wünschenswert wäre, dass alle Studienangebote Soziale Arbeit und



Quellen (Internet-Recherche Juni 2018): <https://hs-kompass.de/kompass/km/akkr/maske.html>  
<https://www.hochschulkompass.de>  
<http://www.bv-paed.de/studium-beruf/studienangebote/>  
<https://www.studienangebote.de>  
 u.ä. Recherchen auf den Hochschulseiten im Internet



Quellen (Internet-Recherche Juni 2018): <https://hs-kompass.de/kompass/km/akkr/maske.html>  
<https://www.hochschulkompass.de>  
<http://www.bv-paed.de/studium-beruf/studienangebote/>  
<https://www.studienangebote.de>  
 u.ä. Recherchen auf den Hochschulseiten im Internet

<sup>1</sup> Der Studiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Bremen z.B. bietet im WS 2018/19 eine Veranstaltungsserie an mit dem übergreifenden Titel "100 Jahre Studiengang Soziale Arbeit", obwohl es sich eigentlich um das 100-jährige Gründungsjahr der Sozialen Frauenschule in Bremen handelt (kein Studium). Eine ihrer Gründerinnen, Agnes Heineken, wird dabei durchaus zu Recht für ihr Wirken für die BERUSAUSBILDUNG von Frauen gewürdigt.

<sup>2</sup> "Die Identität der Sozialpädagogik scheint bis zum heutigen Tag ihre Nicht-Identität zu sein: Sie hat keinen eindeutigen, klar zu benennenden Ort in der Praxis, kein einheitliches Profil der Ausbildung, keine selbstverständliche, von allen ihren VertreterInnen geteilte disziplinäre Heimat, keinen stabilen theoretischen, wissenschaftlichen und professionellen Grundannahmen. Im Kern scheint nicht einmal hinreichend geklärt, welcher Art die Theorie zu sein hat, die die Sozialpädagogik braucht." (vgl. Thole 2012)

Sozialpädagogik konzeptionell, curricular, strukturell und finanziell **herauf gestuft** werden auf ein wissenschaftliches Niveau, dass den Namen akademisches und reflexives Studium verdient, eingeschlossen ein gut bezahltes **nachgeordnetes**, von der Hochschule begleitetes Trainee-Jahr in der Praxis, wie es Mediziner und Juristen schon länger haben. Davon sind wir aber zur Zeit weit entfernt. Im Moment erleben wir - getrieben von einem durch Unterlassung selbst herbeigeführten Arbeitskräftemangel - eher eine Effizienz betonende Herabstufung mit dem Ziel, in möglichst kurzer Zeit (6-Semester) möglichst viele Absolvent\*innen zu generieren, mit möglichst für die Träger passgenauen Einsatzkompetenzen (über duale Konzepte) und - angesichts des eklatanten Fachkräftemangels - möglichst starker Bindung an den Arbeitgeber. Erneuerungsfähigkeit und Kritik an sozioökonomischen Entwicklungen und ihrer Wechselwirkung zu "sozialen Problemen" und sozialstrukturellen Angeboten fallen immer mehr hinten runter; managerialistische Lösungsversuche dominieren.<sup>3</sup>

In seinem Urteil vom 17.02.2016 hatte das Bundesverfassungsgericht eine wesentliche Säule des Bologna-Prozesses, nämlich die Übertragung des Akkreditierungswesens an private Agenturen als verfassungsrechtlich bedenklich klassifiziert. Der damalige Wissenschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, Mathias Brodkorb, hatte in einem Beitrag in der FAZ vom 07.04.2016 ausdrücklich gefordert, dass die "Genehmigung von Studiengängen (Akkreditierung) nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts grundlegend geändert werden muss." Er schreibt weiter: "Die Lösung übrigens für all die Probleme wäre ganz einfach: Gebt die Hochschulen wieder in Professorenhande. Lasst uns zu der bewährten Praxis des deutschen Hochschulsystems zurückkehren, nämlich die Mindeststandards für eine wissenschaftliche Ausbildung unter Beteiligung der Studierenden durch die Wissenschaftler selbst klären zu lassen." Geltend ab Juni 2017 haben nun aber die Landesregierungschefs in ihrem daraufhin neuformulierten Staatsvertrag die Verfassungsrichter in kreativer Weise so interpretiert, dass sich eigentlich nichts ändert und die privatisierte Form der Akkreditierung weiter fröhliche Urständ feiert. Die von Mathias Brodkorb vertretene Lösung würde allerdings nur dann soziale und demokratische, selbstverwaltete Hochschulen, wie es die Gewerkschaften in ihrem hochschulpolitischen Programm fordern, befördern, wenn die Hochschullandschaft nicht weiter privatisiert und profitisiert würde, sondern wieder primär als öffentlich zu betreibende und zu finanzierende Aufgabe betrachtet würde.

Die Etablierung der privaten Akkreditierungsagenturen, die heute über die Zulassung (auch der privaten und dualen) Studiengänge entscheiden, haben - was wenige erinnern - auch etwas mit dem GATS (Generell Agreement of Trades and Services von 1995), also einem international für alle unterzeichnende Länder verbindlichen Handelsabkommen, einem Vorläufer von TiSA<sup>4</sup>, zu tun. Alle, auch ausländische und private Hochschulanbieter ("Dienstleister", bzw. "Services") müssen danach gleichberechtigt am "Markt" akkreditiert werden und operieren dürfen, auf keinen Fall gegenüber öffentlichen Hochschulen benachteiligt werden, auch in der finanziellen Förderung.<sup>5</sup> Das war und ist faktisch die Auslieferung der öffentlichen (Hochschul)Bildung und Daseinsfürsorge an völlig wesensfremde, z.T. international agierende, profitorientierte Bildungskonzerne. (vgl. Münch 2018)

### Was ist eigentlich Wissenschaftlichkeit (Studium, Lehre, Forschung) ?

- **Wissenschaftlichkeit** ermöglicht nützliches, bewährtes Wissen zu prüfen und es zu erhalten, dort wo es sich bewährt; es untersucht, wem das Wissen nutzt und wem es ggf. schadet. Auf neue gesellschaftliche Herausforderungen wird in einem systematischen Wissenschaftsprozess kreativ und innovativ reagiert. Dazu wird ausdrücklich eine unvoreingenommene Forscherhaltung sowohl der Studierenden als auch der Lehrenden in einem sich wechselseitig befruchtenden Prozess gefördert. (vgl. Loer/Liebermann, 2009)
- **Wissenschaftlichkeit** braucht Zeit, Muße und Distanz zur Praxis, existenzielle Unabhängigkeit und die Selbstverwaltung durch die Lehrenden und Studierenden und Beschäftigten an den Hochschulen; sie sind zuständig für die Berufungsverfahren, die Finanzierung und personale Unterstützung der Forschung, die Durchführung der Lehre, die Organisation des Studiums und der Prüfungen. (vgl. Loer/Liebermann, 2009)
- **Wissenschaftlichkeit** gedeiht in einem Klima der gleichzeitigen Kollegialität und harter Dauerkritik, einem positiven Wettbewerb um "die Wahrheit". Wie die Forschung eines geschützten Raumes bedarf, so auch die Lehre. Wissenschaft ist angewiesen auf Vielfalt der Fächer, auf Austausch mit anderen Disziplinen, gegenseitige Befruchtung und Austausch, auch zwischen höheren Semestern und StudienanfängerInnen (vgl.

<sup>3</sup> siehe Hamburger Enquete-Kommission, Zusammenfassung der Analysephase zum Kinderschutz und Kinderrechten Juni 2018 <https://www.hamburgische-buergerschaft.de/contentblob/11285844/95bec9ebd2889e89c4bd07ae57d2c31f/data/zwischenstand.pdf>

<sup>4</sup> siehe "TiSA – Angriff auf die öffentliche Daseinsvorsorge", Attac: <http://www.attac.de/kampagnen/handelsabkommen/hintergrund/tisa/>

<sup>5</sup> die sog. "Inländerregelung", nach der ausländische Anbieter am "globalen Markt" gleichberechtigt agieren sollen (vgl. Knobloch, 2010:9)

Loer/Liebermann, 2009). Als sozialpädagogische/sozialarbeiterische Forschung könnte jene Forschung bezeichnet werden, "die im Kern allgemeine, möglicherweise auch von anderen Disziplinen zu beobachtende Fragestellungen über die Verknüpfung unterschiedlicher Aspekte, gesellschaftlicher Bereiche und Spektren um einen der Sozialpädagogik eigenen, typischen „sozialpädagogischen Blick“ anreichert, einen Blick, der zwischen „Feld- und Bildungsbezug“, zwischen Subjekt- und Strukturperspektive, zwischen institutionellen und personellen Aspekten seinen Horizont entwickelt." (vgl. Thole 2012)

- **Wissenschaftlichkeit** betont gerade das von Studierenden und Lehrenden gemeinsam, eigenständig und kreativ erarbeitete Wissen und Können, das in die Lage versetzt, Aufträge der öffentlichen und freien Träger kritisch zu hinterfragen und fachliche Autonomie in den Interessensauseinandersetzungen zwischen Adressaten und Auftraggebern zu bewahren.
- **Wissenschaftlichkeit** untersucht die Janusköpfigkeit der Sozialen Arbeit, ihre Funktionszuschreibungen im (Sozial)Staat, die sozioökonomischen Lebensbedingungen der Adressaten und die im Hintergrund wirkenden Triebkräfte und Interessensgegensätze.
- **Wissenschaftlichkeit** strebt dabei durchaus, aber **aus einer Position der finanziellen und geistigen Unabhängigkeit**, die Beteiligung der mit den "Segnungen" der sozialen Arbeit konfrontierten Adressaten und den wechselseitigen Dialog und Diskurs mit den an der Erbringung der Sozialen Arbeit Beteiligten an, den Akteuren in Disziplin und Profession, den Trägern und dem Staat; dies ist ein prozesshafter Diskurs in einem kooperativen System der gleichzeitigen Autonomie und Bezogenheit (vgl. Stellungnahme Sturzenhecker, Clark, Richter, Maykus - Professor\*innen im Arbeitsbereich Sozialpädagogik, Universität Hamburg, 2017)
- „**Wissenschaftliche Bildungsprozesse** haben dann vor allem die Form der Einübung der Hochschulabsolventen in ein kritisches Verhältnis zur Berufspraxis, das an die Stelle der traditional eingespielten Berufsethiken tritt. Kritisch heißt hier eine Verbindung von Kompetenz und Lernfähigkeit, die beides gestattet: den skrupulösen Umgang mit einem tentativen Fachwissen – und eine kontextempfindliche, gut informierte Bereitschaft zum politischen Widerstand gegen fragwürdige Funktionszusammenhänge des praktizierten Wissens.“ (Habermas 1982a, 383, zitiert nach Bartosch 2013)

In welchem Umfang gab/gibt es, und wenn wo, Wissenschaftlichkeit in den Ausbildungsinstitutionen sowohl der Sozialen Arbeit als auch der Sozialpädagogik, also in den zwei großen Entwicklungslinien? Wo sind wissenschaftliche Möglichkeitsräume heute (noch) zu finden und welchen Deformationen waren sie im Laufe der letzten 40 Jahre neoliberaler (Hochschul)Politik ausgesetzt? Hans-Uwe Otto sagte zur aktuellen Tendenz kürzlich auf einer Dialogveranstaltung am 1. Juni 2018 an der HAW-Hamburg<sup>6</sup>: Wir waren auf einem Weg "vom Job zur Profession" und erleben nun eine Entwicklung "zurück zum Job."<sup>7</sup> - Eine Umkehr ist nicht absehbar, zumal die expandierenden privaten Hochschulen diesen dualen Zug als profitable Quelle entdeckt haben, sowie zunehmend auch staatliche und kirchliche Hochschulen sich "empfänglich" zeigen, teilweise sogar zu Mittäter\*innen dabei werden. Austeritätspolitik und Fachkräftemangel lässt die öffentlichen und "freien" Anstellungsträger, die dort tätigen Sozialarbeiter\*innen, die Personalräte und die Gewerkschaften schier verzweifeln und verleiten sie im harten Alltagsgeschäft dazu, duale Kurzausbildungen und Quereinstiege, bis hin zur Einstellung Berufsfremder, billigend in Kauf zu nehmen.

Sicherlich: es gab und gibt sie, die vielfältigen und langjährigen Bemühungen um theoretische und wissenschaftliche Fundierung in "Disziplin und Profession".<sup>8</sup> Heutzutage Qualitätsanforderungen für das Studium der Sozialen Arbeit/Sozialpädagogik selbst zu entwickeln und zu betonen, ist wichtiger denn je. Das bleibt jedoch ein idealistischer und zahnloser Tiger, solange a. die gesetzlichen Durchsetzungsmöglichkeiten fehlen, b. die Reduzierung auf Employability<sup>9</sup> als Ziel eines Studiums unhinterfragt übernommen wird und c. die strukturellen und ökonomischen Zwänge, z.B. die Loyalitätsverpflichtungen der dual Studierenden gegenüber den Ausbildungsträgern<sup>10</sup>, in den dualen Konzepten ausgeblendet bleiben.

<sup>6</sup> Informationen dazu unter dem unter Literatur zu findenden LINK zum Fachschaftratsrat am Studiengang Soz. Arb. an der HAW

<sup>7</sup> Siehe auch Hans-Uwe Ottos Kommentar in der Neuen Praxis 3/2018: Dual - Ende oder Wende des Studiums einer modernen Sozialen Arbeit (<http://www.neue-praxis-shop.de/WebRoot/Store9/Shops/64251991/5B65/7F1A/23C1/C509/OAB6/OA0C/6D06/25AE/np18-3-prev.pdf>)

<sup>8</sup> Die weitverbreitete Erzählung, wir hätten es seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mit einer, nur vom Faschismus unterbrochenen, stetig sich höher entwickelnden Erfolgsgeschichte in Richtung einer menschenrechtlichen Profession zu tun, grenzt an Geschichtsfälschung, war es doch die "Disziplin und Profession" selbst, die mehrheitlich an zahllosen Menschenrechtsverbrechen aktiv mitgewirkt hat und - um nur ein Beispiel zu nennen - an ihren (meist kirchlichen) Fachschulen, die eugenische "Reinhaltung des deutschen Volkskörpers" lange vor dem Faschismus selbst gelehrt hat; Eugenik war jahrzehntelang Mainstream, davon war auch die hochgelobte Begründerin der "Familienfürsorge" Marie Baum und die Alice Salomon Frauenfachschule in Berlin nicht ausgenommen. (vgl. Kappeler 2018)

<sup>9</sup> Employability steht als Begriff für die Reduzierung von Studium auf: Beschäftigbarkeit, Berufsbefähigung, berufliche Anwendbarkeit

<sup>10</sup> im neoliberalen dualen Jargon immer "Praxispartner" genannt, eine Wortwahl, die die wahren Loyalitätsverpflichtungen vernebelt.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Disziplin- und Professionsentwicklungen der Sozialpädagogik an den erziehungswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten<sup>11</sup> und der Sozialarbeit an den Hochschulen führen diese Entwicklungen zu unterschiedlichen Betroffenheiten, Wahrnehmungsweisen und Reaktionsweisen<sup>12</sup>; die Bandbreite reicht von Verweigerung und Ablehnung bis zu begeistertem "Aufspringen auf den Zug".

## **Unter den strukturellen und ökonomischen Zwängen, die wissenschaftliche Produktivität eingeschnürt haben, sind drei große (historisch) ineinander verwobene Wellen in den Blick zu nehmen:**

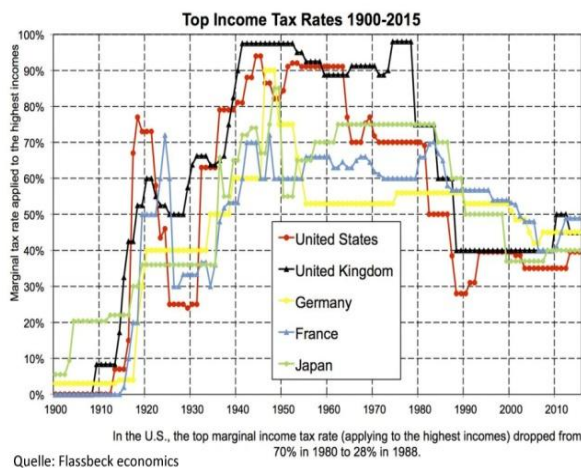
### Die erste Welle:

Die AUSHÖHLUNG ÖFFENTLICHER GRUNDFINANZIERUNG der HOCHSCHULEN , die Absenkung der BAFÖG-FINANZIERUNG DER STUDIERENDEN und die ETABLIERUNG DER DUALEN AUSBILDUNGSGÄNGE AN DEN BERUFSAKADEMIEN FÜR SOZIALWESEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG ab 1975.

Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahren konnten noch politische Mehrheiten gewonnen werden dafür, dass (Hochschul-)Bildung öffentliches Gut und öffentliche Aufgabe sein muss, die entsprechend öffentlich zu finanzieren ist; dass es zu dieser öffentlichen Aufgabe dazu gehört, die Hochschulen mit einem guten Betreuungsverhältnis, guter Ausstattung und einem existenzsichernden Studienhonorar für breitere Schichten ("Bildungsgerechtigkeit") zu öffnen; dass die Studierenden nicht reine Trichter für nur in eine Richtung laufendes Transferwissen, reduziert auf Funktionieren im Beschäftigungssystem (Employability) sind, sondern im Studium Reflexivität, kritisches Analysevermögen und kreative Innovation gefördert werden müssen<sup>13</sup>. Zwischen 1969 und 1971 erfolgte im Bereich des Sozialwesens die Überführung der Höheren Fachschulen in Fachhochschulen, die in der Folge für Studierwillige mit einer Hochschulzugangsberechtigung an Fachoberschulen (ca. 50%) und vorheriger Berufserfahrung (40%) eine hohe Attraktivität entwickelten und stark expandierten. (vgl. Küster, Schoneville 2012)

Die 1977 beschlossene und ursprünglich auf die 1980er Jahre begrenzte "Untertunnelungsstrategie" des "Studentenberges" aus der Babyboomerzeit führte zum Einfrieren der öffentlichen Grundmittel, der Zahl der Lehrenden, bzw. des ganzen wissenschaftlichen Apparates. Nur der Tunnel endete nie; angesichts weiter wachsender Studierendenzahlen in Kombination mit Austeritätspolitik wurde sie zur Dauerstrategie (zur "Vermassung") mit der heute immer normaler werdenden Überfüllung von Hörsälen und Seminaren, fehlender Betreuung und anhaltend hoher Abbrecherquoten.

Der hochschulpolitischen Wende ging eine systemische Kapitalüberakkumulationskrise 1973-75 voraus, eine Weltwirtschaftskrise in deren Verlauf das Bretton Woods Finanzsystem aufgekündigt wurde. Das Kapital suchte renditeträchtiger Anlagemöglichkeiten mit ausreichender Profitabilität. Als "Lösung" wurden drei Strategien verfolgt: A. Ungehemmte Finanzspekulation, B. Senkung der Löhne und C. Austeritätspolitik unter der Losung "Starve the beast" - Aushungern der Sozialstaatsbestie<sup>14</sup>. Theoretisch wurde dabei zurückgegriffen auf einen alten Hut aus dem 19. Jahrhundert, auf neoklassische Wirtschaftstheorien<sup>15</sup>, wonach die



<sup>11</sup> Laut Hochschulkompass 2009 wurden an insgesamt 33 Standorten grundständige Bachelorstudiengänge der Erziehungswissenschaft angeboten, ergänzt durch elf Masterstudiengänge.

<sup>12</sup> Vgl. Otto 1971 und 1972, Otto&Dewe 2001 und 2002, Thole 2002, Füssenhäuser 2008, Schnurr 2008, Freigang 2010, Sünker 2010 und 2012, Hill 2012, Brumlik 2013, Becker-Lenz 2018 und viele Weitere

<sup>13</sup> im Zuge einer kritischen Neuinterpretation des Humboldt'schen Bildungsideals

<sup>14</sup> Das Zitat „Starve the beast“ tauchte zuerst 1985 in einem Artikel des Wall Street Journal auf, in dem ein Reporter einen nicht benannten Mitarbeiter aus Reagens Regierungsmannschaft zitierte. In England trat wenige Jahre vorher Margret Thatcher mit ihrem Sozialstaatabbauprogramm an.

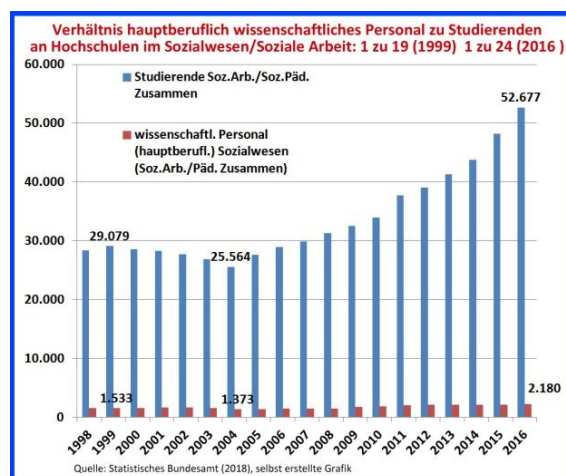
<sup>15</sup> Die Anrufung angeblich freier Märkte stand und steht in erheblichem Kontrast zu den finanzierten, oligopolistischen Markteinschränkungen riesengroßer (global agierender) Konzerne, was von den Apologeten freier Märkte gerne vertuscht wird.



ungehinderte Entfaltung der vier Freiheiten des Kapitals (Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Arbeitsmarktfreiheit) ein Segen für die Menschheit, für Europa und für Deutschland seien. Zur Gewinnung der Meinungshoheit wurde ein mit modernen Begriffen getarntes neoliberales<sup>16</sup> Lebensführungskonzept anpriesen, in dem "Freiheit", "Autonomie" und "Effizienz" dominieren, nicht etwa Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Das "neue Denken" in unternehmerischen Markt-Logiken wurde von Bertelsmann Konzernchef Mohn (im Stern 1996) als moderne Alternative für den Hochschulstandort Deutschland und Europa an politische Entscheidungsträger herangetragen; multimedial orchestriert von der Diskreditierung staatlicher Hochschulen; diese wären "staatsdirigistisch" verkrustet<sup>17</sup>, von der 1967-Studentenbewegung "neomarxistisch" unterwandert oder bürokratisch gefesselt. "Die entfesselte Hochschule"<sup>18</sup> wurde ausgerufen.

Eine im Hintergrund wirkende ideologische Spinne war die Mont Pèlerin Society (gegründet 1948). Bekannte Vertreter waren: Friedrich August von Hayek, ein Schüler des österreichischen klassischen Wirtschaftsliberalen, dem adligen Ludwig Heinrich Edler von Mises (1881-1973); Antony Fischer, der ab 1950 in London das "Institute of Economic Affairs" gründete, das Margaret Thatcher inspirierte; sowie Milton Friedman von der "Chicagoer Schule", die Ronald Reagan und Augusto Pinochet inspirierte. Die von diesem weltumspannenden Denkfabriken-Netzwerk verbreiteten und in Deutschland nach der ökonomischen Einverleibung des Gebiets der ehemaligen DDR zu neuen "Selbstverständlichkeiten" sich aufschwingenden Leitlinien wurden mit grenzenlosem Optimismus<sup>19</sup> vorgetragen, erst noch liberal-konservativ (CDU/FDP) und ab 1998 umso härter SPD/Grün konnotiert (vgl. Schröder und seine Anrufung der "Exzellenzuniversitäten").

Heute können zwar sehr erfreuliche 56% einer Jugendkohorte ein Studium beginnen<sup>20</sup>, aber dem stehen anteilig immer weniger und prekärer arbeitende Lehrkräfte, sinkende Forschungsetats für die Durchschnittshochschule und mangelhaft ausgestattete Infrastruktur gegenüber. - In der Sozialen Arbeit/Sozialpädagogik sind es 2016 ca. 53.000 Studierende gegenüber ca. 2.200 **hauptberuflich** als wissenschaftliches Personal Tätige. Professor\*innen versinken in Massen-Lehrverpflichtungen; billige freiberufliche Lehrbeauftragte und unter Ketten-Zeitverträgen stöhnende wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen werden kompensatorisch eingesetzt; die Forschungsanteile leiden, bzw. werden zunehmend aus den Hochschulen raus in "Exzellenzcluster", bzw. in von Wirtschaftsinteressen dominierte Institute verlagert.



Auf die errungenen höheren Anteile an Wissenschaftlichkeit in den Studiengängen Sozialpädagogik (Uni) und Sozialarbeit (Fachhochschulen) in den 1970er Jahren reagierten die Beschäftigungsträger zudem mit anhaltender Diffamierung der ihrer Ansicht nach "praxisfern ausgebildeten Absolventen" und kritisierten zudem die in jenen Jahren vorherrschende linke Ideologie in der Lehre. Eine der Reaktionen war im konservativ regierten Baden-Württemberg bereits 1975 die Schaffung von Berufsakademien für Sozialwesen mit einer dualen Struktur der Ausbildung in Theorie- und Praxisphasen. (vgl. Wendt 2012)

<sup>16</sup> Daran ist wenig wirklich *neo*, und wenig wirklich *liberal*. Ordoliberaler (Alexander Rüstow, Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Armack, Franz Böhm, Ludwig Erhard), die der Politik eine gegenüber der Wirtschaft ordnungsgebende Rolle zuwiesen, hatten sich nach vielen Auseinandersetzungen schließlich von F. A. v. Hayek und Milton Friedman (klassische Wirtschaftsliberale) abgegrenzt. Neu ist allenfalls die Durchdringung sämtlicher Lebensbereiche und die massenwirksame Begleitshow, die "Freiheit und Autonomie" für Alle suggerierende Propagandamaschinerie.

<sup>17</sup> Die Hochschulen seien „Mittelmaß“, im „Kern verrotten“ (Peter Glotz), „mit dem Latein am Ende“ (Spiegel) oder einfach nur „krank“.

<sup>18</sup> So der Buchtitel (2000) von Detlef Müller-Böling, 1994 – 2008 Geschäftsführer des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), gegründet von der Bertelsmann Stiftung

<sup>19</sup> Einen kräftigen "Knacks" bekam diese Ideologie während der Finanzkrise 2007/8, jedoch ohne dass die herrschende Lehrmeinung in den Wirtschaftswissenschaften bis heute entscheidend geändert worden wäre. Das "weiter so..." und "Augen zu..." dominiert die herrschende Politik mit den bekannten Folgen der sich nicht mehr repräsentiert fühlenden Mehrheit in der Bevölkerung und der damit verbundenen europäischen Desintegration.

<sup>20</sup> Nida-Rümelin findet immer ein bundesdeutsches Blatt, welches seine krude These des "Akademisierungswahns" publiziert. Er unterstellt dabei der deutschen Jugend (und ihren Familien) berufliche Fehlentscheidungen und empfiehlt die (übertriebenen) akademischen Bildungsinteressen steuernd zu beeinflussen in Richtung Berufsausbildung.

Erste Einflussnahmen der Kultusministerkonferenz auf die Studiengestaltung in Richtung mehr Employability und weniger Wissenschaftlichkeit im Interesse der passgenaueren Verwertbarkeit gab es bereits ab 1979, als eine Studienreformkommission Pädagogik/Sozialpädagogik/Sozialarbeit eingesetzt wurde, "die sich dem heterogenen Studienangebot widmete und es – getrennt nach erziehungswissenschaftlichen Ausbildungsgängen an Universitäten und denen des Sozialwesens an Fachhochschulen – untersuchte. Die Kommission schlussfolgerte aus der Entwicklung der Fachhochschulstudiengänge unter anderem, sie sollten zu einer Zusammenfassung der bisherigen Einzelfächer kommen. „Hierbei wird auch eine Differenzierung in Sozialpädagogik und Sozialarbeit entbehrlich. Die **Formen der Berufseinübung sollen noch stärker als bisher in das Studium eingebunden werden.**“<sup>21</sup> (Hervorh. d. Verf.) (vgl. Wendt 2012, in Thole 2012, Grundriss Sozialer Arbeit)

### Die zweite Welle:

Die VERSCHULUNG, VERDICHUNG und STUDIENZEITVERKÜRZUNG AUF 6 SEMESTER<sup>21</sup>. Sie erfolgte über die Aufspaltung in BACHELOR als verkürzte Berufseinstiegsqualifikation für die überwiegende Mehrheit (Abschaffung des ca. 5-jährigen Diplomstudiums<sup>22</sup>) und den Master für eine kleine Minderheit im Zuge des sog. "Bologna-Prozesses"<sup>23</sup> nach der Jahrtausendwende.

Aus der vorher systematisch diskreditierten demokratischen und öffentlich finanzierten Gruppen-Universität wurden nun im Wettbewerb stehende Unternehmen gezimmert, mit mächtigen von Wirtschaftsvertretern durchdrungenen Hochschulräten, Stiftungsräten, Finanziers. Vielfältige Reformen flankierten diese Entwicklung: W-Besoldung, Hochschulrahmengesetz, Stärkung der Rektorate und eines Top-down-Managements, Privatisierung von Hochschulen, Stiftungsmodelle, sowie Exzellenzinitiative und Elitenförderung. (vgl. Andrea Maurer 2010)

Hochschulen und Universitäten sollen sich nun über steigende Drittmittelanteile (zur Zeit ca. 1/3) am "Markt" behaupten und einen effektiveren Output (funktionierendes Humankapital) generieren; über zweifelhafte Dauerevaluationen, Messwut und "Qualitätsmanagement" gesteuert. Die Präsident\*innen und Rektor\*innen<sup>24</sup> wurden mit ins Boot geholt und mit größerer Macht belohnt. Die Hochschulen bräuchten mehr EFFIZIENZ und mehr AUTONOMIE; wohlklingende Tarnwörter, gegen die auf den ersten Blick niemand etwas haben kann, vorausgesetzt die entscheidenden Machtstrukturen und ökonomischen Zwangsmittel dahinter werden ausblendet. Die Medienprofis der tonangebenden Bertelsmann-Stiftung und ihrer hochschulpolitischen Kampfmaschine, des 1996 gegründeten Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), verkauften das Programm der unternehmerischen Hochschule den Arbeitgebern als effizient, den Landesministern als kostensparend, den Gewerkschaften als sozial gerecht (bzw. "durchlässiger") und den Grünen als nachhaltig (vgl. Knobloch, 2010).

Dies wurde in der Sozialen Arbeit kombiniert mit einer formal-akademischen Statuserhöhung der Fachhochschulabschlüsse und Studiengänge gegenüber den universitären, erziehungswissenschaftlichen Studiengängen mit Schwerpunkt Sozialpädagogik; eine Tür in Richtung akademischer Karrieren wurde geöffnet; somit auch eine formale Aufwertung für die Mehrheit der Absolvent\*innen und ihrer Abschlüsse. Damit wurde in "der Profession" ein großer Teil des Widerstandes gegen den Bologna Prozess abgefangen. Bereits in dieser Phase war eine Erosion des generalistischen Studienkonzeptes und eine deutliche Spezialisierung "Soziale Arbeit für ..." zu beobachten. Bemühungen, einheitliche Standards<sup>25</sup> zu formulieren, waren nicht von gesetzlich bindendem Erfolg gekennzeichnet. Und mit der Forschung sah es ganz mau aus: es kamen in den alten Ländern an konfessionellen Hochschulen nur 1 %, an staatlichen in den alten Ländern nur 3 %, in den neuen Ländern nur 12 Prozent der Studierenden mit Forschung überhaupt in Berührung. (vgl. Küster, Schoneville 2012)

<sup>21</sup> Auf ein 6-semesteriges Studium (bzw. 3-jährige duale Ausbildung) scheinen alle einflussreichen Bestrebungen hinauszulaufen, auch wenn es z. Zt. Studiengänge mit längeren Regelstudienzeiten gibt. Die dualen Studiengänge in Baden Württemberg z.B. verdichten 210 ECTS auf nur noch 6 Semester, indem sie die Arbeitszeit der Studierenden in den Praxisbetrieben mit 30 ECTS ("Lernen im Praxiskontext") anrechnen.

<sup>22</sup> das 7-semesterige Fachhochschuldiplom plus ein Anerkennungsjahr; das Uni-Diplom mit insgesamt 9 Semestern, Regelstudienzeit 4,5 Jahre, meistens um 1 Semester mindestens verlängert.

<sup>23</sup> Die proklamierte europaweite Anerkennung von Abschlüssen wurde überhaupt nicht eingelöst (vgl. Schultheis et al, 2004).

<sup>24</sup> Es war ein echter Geniestreich der Bertelsmann-Stiftung, die Hochschulrektoren, die künftig gegenüber der eigentlichen Lehre, den Professor\*innen und Studierenden, mit allumfassender Macht ausgestattet wurden, mit ihrer Hochschulrektorenkonferenz mit ins Boot zu holen. (vgl. Knobloch 2007)

<sup>25</sup> Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft DGFE (2001 u. 2004): Empfehlungen für ein Kerncurriculum Erziehungswissenschaft, sowie Fachbereichstag Soziale Arbeit (2006): Qualifikationsrahmen Soziale Arbeit (QR Sarb), bzw. DGSA Kerncurriculum

Eine ebenbürtige Aufwertung der Löhne der Bachelor-Absolvent\*innen war ebenfalls nicht vorgesehen.<sup>26</sup> Im Gegenteil: der im Jahre 2005, dem Höhepunkt der Agenda 2010 Politik, "sozialpartnerschaftlich" gestaltete Übergang von der bisherigen bundesweiten tariflichen Leitwährung BAT (Bundesangestelltentarif) zu den zwei neuen Tarifwerken TV-L<sup>27</sup> und TVÖD führte durchgerechnet<sup>28</sup> auf das ganze Erwerbsleben zu massiven Lohnsenkungen (nicht nur für Sozialarbeiter\*innen). Die entsprechenden Proteste der Absolvent\*innen blieben nicht aus, brachten aber erst mal keine Ergebnisse in den Gehaltstüten der Berufe, um die es hier geht.

Der mit dem Bologna-Prozess einsetzende Rückfall in die den Lehrkräften aus den früheren pädagogischen (Frauen)Fachschulen noch wohlvertrauten, verschulten Berufsausbildungsmethoden begann nun ihre fatale Wirkung zu entfalten. Die Modularisierung, Verdichtung, die Rastlosigkeit und unentwegte Abprüfung wissenschaftsfremder Lernzeit-Leistungen ("Workload" und "ECTS"-Punktesystem<sup>29</sup>), wie sie der europäische Bologna-Prozess und die nachfolgende Lissabon-Strategie erzwungen hat, entzog den mühsam erkämpften zarten Pflänzchen von Wissenschaftlichkeit und Reflexivität den Nährboden. Studierende hetzen seither durch zeitlich und inhaltlich vorbestimmte Wissenshäppchen (Module); hecheln von einem Leistungs-Punkt ("Credit-Point") zum nächsten, eingepfercht in einen vorbestimmten Korridor, was "Bulimielernen" und Krisenmanagement fördert und allzu leicht zu beziehungslosem Faktenwissen führt. Paradoxerweise sind es gerade diese negativen Effekte des Bologna-Prozesses - die von den Anstellungsträgern im Berufsfeld Soziale Arbeit nun als fehlende "Praxistauglichkeit" kritisiert und zum Anlass genommen werden, noch vehementer für duale Studienkonzepte (s.u.) zu werben, mit denen die letzten Reste reflexiven Studiums, das immer eine gewisse Distanz zur Praxis erfordert<sup>30</sup>, endgültig "über Bord geworfen" werden.

Der zweifellos immer noch von Teilen der Profession vorgetragene Anspruch der Verbindung von Forschung und Lehre, Anspruch an Wissenschaftlichkeit, Anspruch an Austausch mit anderen Disziplinen wird immer mehr ad absurdum geführt und lässt das Scheitern daran für Lehrende wie Studierende schlimmstenfalls auch noch als individuelles Versagen erleben. Die nachvollziehbare studentische Strategie des Durschwurstelns durch den Dschungel der ECTS-Punktjagd wird nun bei den Studierenden kritisiert. Die als Folge der massiven Strukturveränderungen konstatierte fehlende "Haltung" vieler Studierender wird nun bei ihnen bemängelt, ihre Nichtbeteiligung in den zahnlos gemachten Gremien als Ausdruck fehlenden Interesses interpretiert, echte Partizipation und Kritik an der Hochschulentwicklung ausgeschlossen, teilweise sogar sanktioniert. Es wird an die notwendige Persönlichkeitsbildung im SozialarbeiterInnenberuf appelliert. Es scheint fast so, als würden die "großen Erfolge der Professionalisierung" um so stärker angerufen, je weniger die zeitlichen, strukturellen und finanziellen Bedingungen es zulassen. "Der Bologna-Prozess hat eine rezeptive Struktur hervorgebracht, die wenig Zeit und Raum lässt für vertiefte Auseinandersetzungen mit Inhalten, die Einübung kritischen Denkens und die Reflexion biographischer Anteile sowie eigener Haltungen und Werte. Ob dies einer Inkorporation einer spezifischen Professionalität dienlich ist, darf aufgrund dessen kritisch hinterfragt werden." (vgl. Fischer, 2018)

Und zu den 40-stündigen Wochen-Lernbelastungen der Studierenden kommen wegen einer schwindenden Ausbildungsförderung bei 80-90% noch prekäre Nebenjobs, teilweise bis in die Abend- und Nachtstunden hinzu. Viele angehende SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen (überwiegend und deutlich zunehmend weiblich) müssen vielfach auch noch familiäre Belastungen und Kinderbetreuung meistern. Explodierende Mieten fressen das geringe Einkommen auf. Besorgte Eltern wenden immer größere Teile des familiären Haushaltseinkommens bzw. ihrer Ersparnisse auf, um ihre studierenden Kinder bei der Erringung einkommenssichernder, beruflicher

---

<sup>26</sup> Eine massenhafte Tarifflicht der "freien" Träger setzte ein, nachdem die staatliche Refinanzierung der realen (Tarif) Lohnkosten über das Selbstkostenprinzip (die nachträgliche Abrechnung der tatsächlichen Kosten) Ende der 1990er Jahre abgelöst wurde durch vorher vom kommunalen Kämmerer definierte Entgeltpauschalen, bei dem die Träger sich wie in einem Haifischbecken gegenseitig unterbieten dürfen.

<sup>27</sup> Tarifvertrag der Länder und Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (SuE= Sozial- und Erziehungsdienst)

<sup>28</sup> Besonders lohnsenkend wirkten sich die niedrigen Eingruppierungen und die Abschaffung der sog. "Bewährungsaufstiege" aus, der altersgestaffelten automatischen Stufenerhöhungen. Das "Leistungsprinzip" sollte dadurch "gefördert" werden, dass bei jedem Arbeitgeberwechsel die beschäftigten Sozialarbeiter in ihrer Stufenzuordnung wieder nach unten purzelten, um sich dann erneut im Leistungs-Hamsterrad jahrelang nach oben drehen zu müssen von Stufe 3 bis Stufe 5 oder 6; Arbeitgeberbindung war das eigentliche Ziel.

<sup>29</sup> ECTS= European Credit Transfer and Accumulation System . 1 ECTS Punkt gleich 30 Lernzeitstunden, "messbar" und angeblich europäisch "vergleichbar"; 1 ECTS in Philosophie = 1 ECTS in Verwaltungsrecht ?

<sup>30</sup> Um einem Missverständnis vorzubeugen: auch Praktiker unter dem Druck des Alltagshandelns sind selbstverständlich kreativ und produzieren Handlungswissen, welches dann in einem dialogischen und kooperativen Prozess in produktiven Austausch einmünden sollte; s.o. der Absatz: "Was ist Wissenschaft"

Perspektiven zu unterstützen, wobei das Steuerrecht (Ausbildungsfreibeträge) ungerechterweise auch noch die Höherverdienenden dabei bevorzugt.

Schuldenbremsen, Sozialkürzungen und neoliberale Handlungslogiken, all das hat verheerende Folgen gerade für die Adressaten Sozialer Arbeit, die spätestens seit der Jahrtausendwende (Agenda 2010 und Hartz IV) unter verschärftem Lohn- und Prekarisierungsdruck stehen. Deren kollektive Lohnbestandteile, ihre Sozialversicherungsansprüche werden abgebaut, bzw. in profitable Bahnen gelenkt. Deren öffentliche Angebote der Bildungs-, Gesundheits- und Daseinsfürsorge (das Schwimmbad und das Jugendhaus um die Ecke) werden geschrumpft<sup>31</sup>, bzw. in profitable Bahnen gelenkt. Deren Kinder müssen unter Armutbedingungen und schlechter Schulversorgung aufwachsen und deren Eltern (besonders Frauen) werden in ein ausbrennendes Zeitregime hineingezwungen<sup>32</sup>. In einem der reichsten Länder der Welt<sup>33</sup> gehen heute ca. 6 Prozent einer Jugendkohorte ohne jeden Schulabschluss ab und ca. 16 Prozent erreichen keinen Ausbildungsabschluss<sup>34</sup>, mit der entwürdigenden Aussicht, lebenslang billigstes Humankapital für Security- und Paketfahrtdienste u.a. expandierende Niedriglohn-Sektoren zu bleiben.

### Die dritte Welle:

Die DRITTMITTELABHÄNGIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN HOCHSCHULEINRICHTUNGEN, die ANRUFUNG DER UNTERNEHMERISCHEN HOCHSCHULE bzw. die gänzliche AUSLIEFERUNG an profitorientierte PRIVATE HOCHSCHULEN. Beides hat in Zusammenhang mit dem grassierenden Fachkräftemangel in großem Umfang DUALE AUSBILDUNGSKONZEPTE und FERNSTUDIENGÄNGE (Digitalisierungstechniken nutzend) befördert. Diese Entwicklung scheint Fahrt aufgenommen zu haben nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007-2009.<sup>35</sup> Die Privatisierung und Dualisierung ist verbunden mit einem weiteren Schwenk zu einer spezialisierten "Learning by Doing" Praxis-Ausbildung<sup>36</sup>, eng verzahnt (welche Zahnräder greifen hier ineinander?) mit einer eher an eine Berufsschule erinnernden, technizistisches Methodenwissen vermittelnden, Berufsausbildung.



Die Anstellungsträger stimmen in diesem dualen Modell die für ihre speziellen Berufspraxen notwendigen Fachmodule mit der auf Drittmittel oder gänzlich auf Studiengebühren angewiesenen Hochschule curricular ab und stellen optimaler Weise gleich einige praxiserfahrene Lehrbeauftragte der Anstellungsträger dafür frei. Allerlei standardisierte (auch per Fernstudium paukbare) Module mit einem Potpourri an anwendbaren Methoden Sozialer Arbeit, garniert mit Verwaltungs-, Rechts- und Psychologiekenntnissen, noch ein bisschen Gesprächsführung - fertig ist in möglichst 3 Jahren (6 Semestern) der/die preisgünstige und bereits eingearbeitete Sozialarbeiter\*in<sup>37</sup>. Das generalistische, reflexive Studium schwindet dahin.

Solche dualen Modelle gewinnen bei öffentlichen, "freien" Trägern, Personalverantwortlichen und -räten, bis hin in gewerkschaftliche und linke Kreise deshalb an Attraktivität, weil inzwischen in den Einrichtungen die schiere Verzweiflung über grassierende Personalunterbesetzung<sup>38</sup> herrscht und die Beschäftigten mit viel zu hohen Fallbelastungen konfrontiert sind. Aber die Loyalitätsbindungen an den Hauptvertragspartner (der sog.

<sup>31</sup> In den letzten 10 Jahren wurden laut Kinder- und Jugendbericht 2017 in Deutschland über 3000 Jugendeinrichtungen geschlossen.

<sup>32</sup> Siehe zur Sorge- und Care-Krise im Kapitalismus auch die Analyse von Gabriele Winker ("Care-Revolution"), bzw. die "Vier-in-einem-Perspektive von Frigga Haug

<sup>33</sup> geprägt von einer sich verschärfenden Klassenspaltung im Kapitalismus, die selbst Piketty an preußische Kaiserzeiten erinnert.

<sup>34</sup> Berufsbildungsbericht 2010: Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung

<sup>35</sup> Welche Zusammenhänge mit der verschärften "finanzkapitalistischen Landnahme" (vgl. Dörre 2015) des Sozialen, ihrer Einrichtungen und ihrer Ausbildungsinstitute nach der Finanzkrise 2007-2009 vorliegen, wäre weiter zu klären.

<sup>36</sup> Glücklicherweise sind diejenigen, die in den Praxisphasen tarifierte Ausbildungsvergütungen bekommen.

<sup>37</sup> „Dadurch [duale Studiengänge, d.V.] stehen recht schnell – oft innerhalb von nur drei Jahren – hochqualifizierte Fachkräfte zur Verfügung, die obendrein – anders als die Studienabsolvent(-innen) konventioneller Studiengänge – bestens mit dem ausbildenden Unternehmen vertraut sind.“ Quelle: CHE Centrum für Hochschulentwicklung Consult: Empfehlungen duales Studium (2006)

<sup>38</sup> Der exponentiell wachsende (entlohnte) Dienstleistungssektor im Bereich Care und Sorge, ist u.a. eine Folge zunehmender Hereinnahme weiblicher Arbeitskraft in den Verwertungsprozess. Darin spiegelt sich eine zuspitzende Krise des sog. Reproduktionssektors im Kapitalismus wieder.



"Praxispartner") über Arbeits- und Ausbildungsrecht üben einen immensen Druck aus, der die Wahrscheinlichkeit schwinden lässt, dass Fehlentwicklungen bei "seinem/ihrem Träger" im Studium wissenschaftlich untersucht und kritisiert werden können. In Bremen werden in der ab WS 2016 für den Öffentlichen Dienst gestarteten dualen Ausbildung zu allem Überfluss auch noch die Anfänger\*innen als "Sozialinspektoranwärter\*innen" verbeamtet und insgesamt 8,5 Jahre mit einer Bleibeverpflichtung gebunden, gekoppelt mit Rückzahlungsverpflichtungen im Falle von Nichteinhaltung. Die nun umgesetzten dualen Studienkonzepte unterminieren Artikel 5 Grundgesetz (Freiheit der Forschung und Lehre), unabhängige Lehre wird faktisch/ökonomisch obsolet, denn jetzt gilt: "Wes Brot ich ess, des Lied ich sing".

Und: Die Hochschulen werden über wachsende Drittmittel- und Studiengebührenabhängigkeiten, Sponsoren und Auftragsforschung, ökonomisch immer abhängiger und so schleichend für Studieninhalte-Umgestaltung erpressbar. Sie werden immer dreister auf **nur noch** Berufsausbildung, **nur noch** spätere Beschäftigbarkeit ("Employability") eingeschworen.<sup>39</sup>

Vom Bertelsmann'schen Centrum für Hochschulentwicklung und dem Wissenschaftsrat wird nun in erstaunlicher Unverblümtheit als Ziel eines Studiums die "Transferleistung" für "anwendungsorientiertes Wissen" im Sinne der passgenauen und schnellen Einsetzbarkeit bei den "Arbeitgebern" benannt, und das erklärtermaßen<sup>40</sup> auch für die Soziale Arbeit und Sozialpädagogik: *„Zugleich gilt Beschäftigungsfähigkeit als Ausbildungsziel auch für Hochschulen, von denen - als Teil ihres Bildungsauftrags - eine Transferleistung von grundlagen- in anwendungsorientiertes Wissen erwartet wird.“*<sup>41</sup>

Die nun in großem Umfang akkreditierten<sup>42</sup> privaten Hochschulen verlangen im deutschlandweiten Durchschnitt 15.000,- Euro<sup>43</sup> an Gebühren bis zum Bachelor. Die Expansion dieser dualen Angebote<sup>44</sup> ist immens angesichts eines steuerlich handlungsunfähig gemachten Staates, der systematisch daran gehindert wurde, die öffentlichen Studienkapazitäten auszuweiten, sowie eines massiv ansteigenden Fachkräftebedarfs als Folge einer bedenklichen gesellschaftlichen Entwicklung, die von gravierender sozialer Spaltung gekennzeichnet ist und die Zahl der Adressaten anschwellen lässt. Diese "Modernen Zeiten" machen kurzen Prozess mit den Ergebnissen von jahrelangen Bemühungen von Teilen der Profession. Ohne dabei in idealisierende Nostalgie zu verfallen, konnten doch einige Schritte in Richtung Akademisierung, Professionalisierung, theoretische Ausdifferenzierung und generalistische Ausrichtung des Studiums der Sozialen Arbeit als verteidigungswürdige Errungenschaften gemacht werden. Die radikale Infragestellung herrschender Heimerziehungspraxen und die darauf folgende (fast)Abschaffung der geschlossenen Heimeinrichtungen in den 1970-80er Jahren waren die erfreulichen Erfolge der kritischen Sozialarbeiterbewegung; das neue Denken fand Eingang in das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz von 1990.

Bei Berufs-, Sozial- und Trägerverbänden verfängt die dritte Welle dualer "Praxisorientierung", obwohl es an Praxisbetonung in der Geschichte der Herausbildung des Studiums Soziale Arbeit eher weniger gemangelt hat, im Gegenteil. Zu reformieren wäre eher die wirklich miserable Praktikums-Bezahlung in den jetzigen Vollpräsenz-Studiengängen und die Installierung eines durchaus wünschenswerten, entlohnten, beruflichen Praxisjahres am ENDE des Studiums kombiniert mit einer theoretisch/kritischen Begleitung. Nicht zuletzt müssten für alle (!) Interessierten konsekutive Masterstudiengänge vorgehalten werden, um wieder zu einem ca. 5-jährigen Studium als Standard vor dem Berufseinstieg zurückzukehren.

Die duale Degradierung wird nun auch unter die Leute (hier besonders die Gewerkschaften) gebracht mit der Parole WIN WIN für alle. Die Ausbildungsvergütungen als Existenzabsicherung in den Dual-Betrieben, wo die

---

<sup>39</sup> Deutschlandweit werden 2018 ca. 32 akkreditierte duale Bachelor-Studiengänge Soziale Arbeit / Sozialpädagogik angeboten, davon die Mehrheit privat und immer öfter nur auf ein spezielles Arbeitsfeld ausgerichtet (vgl. Vortrag Prof. Dieter Röh 1.6.18 HAW Hamburg und 6.9.18 BUKO Bielefeld). Inklusive der zeitlich und finanziell ebenfalls so trendigen Fernstudiengänge Soziale Arbeit und den Ausbildungsangeboten der übers ganze Land verteilten privaten Akademien liegt ihre Zahl wohl noch weit höher.

<sup>40</sup> So Laura Gersch vom Wissenschaftsrat auf der Dialogveranstaltung am 01.06.2018 an der HAW Hamburg

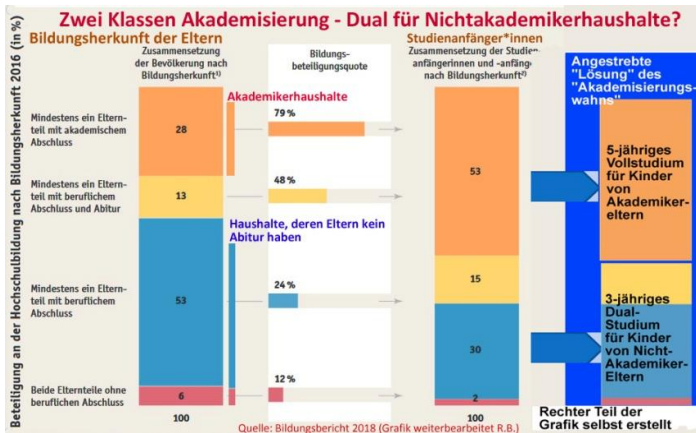
<sup>41</sup> Der Wissenschaftsrat, eine von Wirtschaftsinteressen stark beeinflusste Einrichtung, in seinen Empfehlungen duales Studium 2013

<sup>42</sup> Systemakkreditierungen und bundesweites Auftreten der Privaten (z.B. FOM und IUBH) sparen den Overhead zusammen.

<sup>43</sup> Zahlen von Prof. Dieter Röh (DGSA Vorsitzender) am 06.09.2018 auf dem Bundeskongress Soziale Arbeit in Bielefeld vorgetragen

<sup>44</sup> In trendiger angloamerikanischer Kopiersucht wird dabei die akademische Fassade beworben mit dem In-die-Luft-Werfen des eckigen akademischen Hutes für das Abschlussfoto.

überwiegende Zeit die "praktischen Lernanteile"<sup>45</sup> abzuleisten sind, kämen doch den leistungsbereiten jungen Menschen aus überwiegend Nichtakademikerhaushalten wegen der stärkeren "Durchlässigkeit" zugute, denn bei der sog. "Bildungsbeteiligungsquote" sog. "bildungsferner Schichten" steht Deutschland im OECD-Vergleich miserabel da.

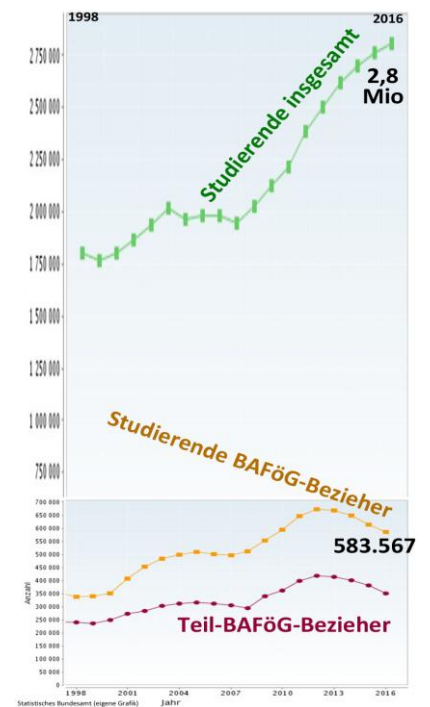


Hierbei wird ausgeblendet, dass über eine Zwei-Klassen-Akademisierung im (Hochschul)Bildungssystem sich die Spaltung subtil fortsetzt, denn die Akademikerhaushalte entsenden ihre Kinder eher nicht in solche Low-Budget Kurzausbildungen, sondern vorzugsweise (nach dem Bachelor) in konsekutive Master-Studiengänge (zur Zeit meist Medizin, Recht und Business, 5-6 Jahre Dauer) und auf Exzellenz- und Eliteuniversitäten. Die Möglichkeit einen Master in Sozialarbeit und Sozialpädagogik zu machen ist in Deutschland - schon aufgrund der sehr begrenzten, Numerus Clausus gedeckelten, Angebote - nur einer Minderheit vorbehalten.

Solche dualen Angebote gewinnen auch unter Studierenden an Attraktivität, weil hier nach dem radikalen Abbau des BAFöGs (nur noch 15% der Studierenden bekommt es) wenigstens ein garantiertes Ausbildungsentgelt gezahlt wird. Es gäbe aber ein sehr simples Mittel zur Existenzsicherung der 2,8 Mio. Studierenden, nämlich ein existenzsicherndes Studienhonorar (von den Gewerkschaften viele Jahre lang gefordert) für Alle, als Vollzuschuss, ohne Elterneinkommensanrechnung (außer bei den ganz Reichen). Das geht ja bei der "Grundsicherung" für ältere Menschen auch.

Ein ähnliches Ausbildungsförderungs-Modell wurde übrigens für kurze Zeit verwirklicht unter Willy Brands SPD Anfang ab 1971, als noch 48% der Studierenden BAFöG als Vollzuschuss bekamen, nicht wie heute 15% und das auch noch hälftig auf Darlehensbasis. Die FDP zeichnete sich damals dadurch aus, den 50%igen Darlehensanteil dauerhaft etabliert zu haben.

Heutige neoliberale Strategen favorisieren die von den Studierenden und ihren Familien selbst zu finanzierende Humankapitalinvestition (die angloamerikanische Variante): Studiendarlehen (als profitable Kapitalanlage von Anlageberatern gepriesen). Die Gewinne der Banken und privaten Hochschulen (sollen) sprudeln; angezapft wird dabei die unerschöpfliche Quelle der unter Druck geratenen sog. "Mittelschichtshaushalte", die verständlicherweise alle Reserven aufwenden, um ihren Kindern den Verbleib oder den Aufstieg in die akademische, besserentlohnte Mittelschicht zu ermöglichen.<sup>46</sup>



### Was bedeutet freie Wissenschaft, Forschung und Lehre und wozu braucht die Gesellschaft, bräuchte auch die Disziplin Soziale Arbeit und Sozialpädagogik bzw. die Adressaten Sozialer Arbeit das ?

Die Herausbildung eines "eigenständigen Funktionssystems Wissenschaft mit einem eigenen Kode (wahr/unwahr) und einer eigenen Funktionslogik (unabhängig von Religion, Staat, Ökonomie) [ist] eine Errungenschaft moderner, funktional differenzierter Gesellschaften... . Solange die Wahrheit vom Staat oder von der Religion mit verwaltet wurde, konnten Wissenschaftler verbannt oder exkommuniziert werden oder vor der Inquisition landen. Unter den vielen Definitionen des Stigmawortes totalitär ist die nicht die schlechteste, die darin das Durchsetzen einer

<sup>45</sup> 30 von 210 ECTS werden an den dualen Studiengängen in Baden-Württemberg in den "Praxisbetrieben" erlangt, weshalb 210 ECTS auch in einem kurzen 6-semesterigen (bzw. 3-jährigen) Studium zu schaffen wären.

<sup>46</sup> FAZ 22.06.2018: Das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung hat herausgefunden, dass ein Masterabschluss sich berufsbiografisch durchschnittlich in über 1000 Euro Brutto mehr Monatseinkommen niederschlägt.

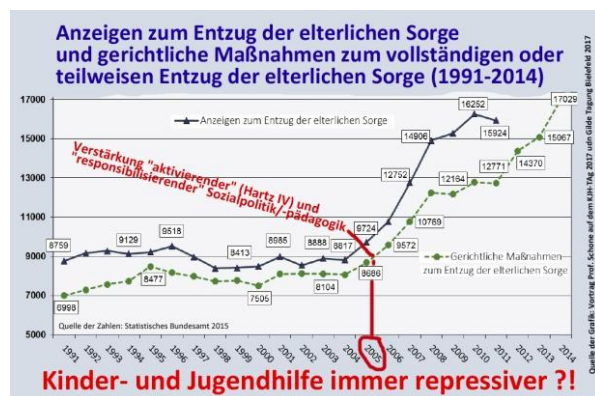
feldfremden Macht in einem anderen Funktionssystem sieht, also etwa den Einsatz von Geld in der Politik (Bestechung), von Religion im staatlichen Recht (Scharia), von Rasse in der Gesellschaft, von politischer und ökonomischer Macht in der Wissenschaft. Was vor unseren erstaunten Augen an den Universitäten abläuft, ist eine symbolische Kolonisierung des wissenschaftlichen Feldes mit den völlig feldfremden Codes und Mitteln der Ökonomie. Geld ist auf einem Feld, in dem der Kode wahr/unwahr gilt, gar nicht definiert. Die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung werden nicht dadurch wahrer, dass es einen Auftraggeber gibt, der sie bezahlt. Wer ständig nach Geld schießt, kommt der Wahrheit dadurch kein Stück näher. Und wer politisch unbequeme und ökonomisch unangenehme Wahrheiten mit dem Bankrott bedroht, der wird zu seinem eigenen Schaden keine solchen Wahrheiten mehr bekommen." (vgl. Knobloch, 2012)

Bezogen auf Soziale Arbeit mag der Einwand kommen, hier werde von steuerlich alimentierten Lehrkräften und Studierenden der Sozialen Arbeit übertrieben geklagt über ohnehin übertriebene Wissenschaftlichkeitsansprüche in einem praktischen Helferberuf, in dem eine duale Ausbildung für den Beruf des "Wir sind der Kitt der Gesellschaft" doch völlig ausreiche und es zudem ankäme auf ein großes Herz, Aufopfergeist, christliche Nächstenliebe im Einsatz für die Anvertrauten, ergänzt durch anwendungsorientierte Methoden, psychologische Beratungstechniken, Verwaltungs- und Rechtskenntnisse. Diesen Meinungsträgern sei eine Rückschau empfohlen, zu welcher menschenverachtender Praxis die Mehrheit der Institutionen und des Personals fähig war, in den Fürsorgeämtern, den diakonischen und caritativen Heimeinrichtungen, den Behinderteneinrichtungen, den Kinder- und Jugendpsychiatrien usw. usf. von der Weimarer Zeit durchgehend (incl. 1933-45) bis in die 1970er Jahre. Vor dem Hintergrund der schon in der Weimarer Zeit vielfach aufgedeckten Heimskandale, der "Schläge im Namen des Herren" und vielfachen Menschenrechtsverletzungen gegenüber hunderten von Kindern, Jugendlichen und Familien bis in die 1970er Jahre wurden von Kritikern Anforderungen an die Ausbildung des pädagogischen Personals erhoben, mithilfe reflexiver, kritischer wissenschaftlicher Herangehensweisen die dahinterliegenden Ursachen und Wirkungsmechanismen zu untersuchen.

Allerdings: Angesichts aktueller Entwicklungen in Richtung steigender Repressivität, z.B. in der Kinder- und Jugendhilfe, erscheint es geradezu paradox zu glauben, alleine die Anrufung "qualitativer Standards" im Studium der Sozialen Arbeit wäre eine (quasi automatische) Garantie für menschenrechtliches Handeln der in "der Profession" tätigen Träger und Menschen. Dieser Versuch einer selbstproklamierten Professionsaufwertung hält einer Realitätsprüfung nicht stand. Wer mit halbwegs kritischem Sachverstand als SozialarbeiterIn/Sozialpädagoge beruflich tätig ist oder es als Betroffene/Hilfesuchender mit real existierender Sozialer Arbeit zu tun bekommt, der/die hat erfahren, dass es mitnichten<sup>47</sup> Interessensidentität, zum Teil sogar gravierende Interessenskollisionen gibt

zwischen Adressaten und dem Staat, seinen Trägern und der dort tätigen Sozialarbeiter\*innen. Vor dem Hintergrund administrativer und finanzieller Sachzwänge und widersprüchlicher Aufträge, wie auch moralpanischer Medienkampagnen, die PolitikerInnen und Fachleute vor sich hertreiben können, erleben wir eine beunruhigende Zunahme managerialistischer Handlungsstrategien und in der Kinder- und Jugendhilfe massiv ansteigende Sorgerechtsentzüge, Inobhutnahmen und Heimunterbringungen. Mit der "fachlichen" Begründung, es käme auf "Milieutrennung" an, erleben wir extreme Anteile von bis zu 75% "auswärtigen" (hunderte von Kilometern weit weg) Heimunterbringungen, oft genug auch noch incl. Besuchsverboten zwischen Eltern und Kindern. Und die Zahl der Beschäftigten in geschlossenen Einrichtungen steigt empirisch nachweisbar an. Und das obwohl es seit Jahrzehnten angeblich eine fundierte menschenrechtliche Professionsentwicklung geben soll ?

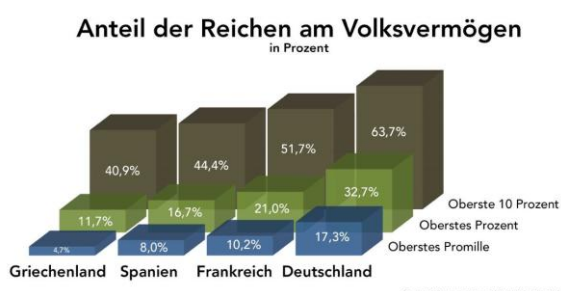
Über welche Lobby verfügen die als Folge von Hartz II, III und IV, Leiharbeit, Minijobs und Soloselbständigkeit prekarierten Teile der Bevölkerung, besonders die "unterhalb der Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität"



<sup>47</sup> "Zwangskontexte" entwickeln sich immer häufiger zu unhinterfragbaren Methoden der Sozialen Arbeit. Sozialarbeiter\*innen, die sich sozialer Gerechtigkeit und damit zwingend verbundenen politischen Kämpfen verpflichtet fühlen, sind nicht in der Mehrheit.

(vgl. Dörre, 2017) Gedrückten, die mit den "Segnungen" aktivierender, responsabilisierender<sup>48</sup>, ausschließender und punitiver<sup>49</sup> Sozialer Arbeit konfrontiert werden ?

## Welche treibenden Akteure und Interessen können in der herrschenden Hochschulpolitik identifiziert werden



Die (steuersparende und deshalb wohl gemeinnützige) Bertelsmann Stiftung<sup>50</sup>, im besonderen ihre Denkfabrik Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)<sup>51</sup> hat in den letzten 24 Jahren ganze Arbeit geleistet, ganz im Sinne des Medien-Weltkonzerns der Multimilliardärsfamilie Mohn und des dahinter treibenden Verwertungszwangs eines finanzierten, geopolitisch mit harten Bandagen auch um "Human Resources" konkurrierenden, Kapitals. Die Bertelsmann AG mit Hauptsitz in Gütersloh ist der größte europäische Medienkonzern und das fünftgrößte

Medienunternehmen weltweit; mit einem Umsatz von 15,2 Milliarden Euro und über 100.000 Beschäftigten in mehr als 60 Ländern. Wir haben es hier mit einem Oligopolisten der veröffentlichten Meinung in Deutschland zu tun, über Zeitungen, Zeitschriften, Fernseh- und Radiosender und Verlage (vgl. Wernicke 2010). Die soziale Umverteilung von unten nach oben, Hartz IV, die Gesundheitsreform, die Abwälzung gesellschaftlicher Kosten auf die Einzelnen sind von der Bertelsmann-Stiftung mitentwickelt worden. Ebenso greift das Bertelsmann-Institut Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) mit Vorschlägen zur verstärkten Militarisierung und geostrategischen Ausrichtung der deutschen und europäischen Außenpolitik in die internationale Politik ein.

Die Bertelsmann'sche Ideologie ist tief in herrschende Hochschulpolitik und Teile davon auch in Gewerkschaften, Sozial- und Berufsverbände und soziale Bewegungen eingedrungen. Sachzwänge wurden kreiert und entfalten nun ihre nicht immer offen erkennbare Wirkungsmacht. *"Es ist ein Segen, dass uns das Geld ausgeht. Anders kriegen wir das notwendige Umdenken nicht in Gang"*<sup>52</sup>, treffender konnte es der inzwischen verstorbene Bertelsmann-Patriarch Reinhard Mohn nicht zusammenfassen, nämlich die durch Steuermittelabbau einsetzende Strangulierung des (Sozial)Staates. Öffentliche Steuermittel wurden von unten nach oben umverteilt, womit den demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten auf Kommunal- und Länderebene die finanzielle Basis für die Daseinsvorsorge und eine selbstgestaltete Hochschulpolitik, die auf dem Respekt vor der Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Lehre und Forschung (Artikel 5,3 Grundgesetz) aufbaut, entzogen wurden.

Die Mission der Bertelsmann-Stiftung gründet auf der Überzeugung, dass "Wettbewerb" und "die Prinzipien unternehmerischen Handelns zum Aufbau einer zukunftsfähigen Gesellschaft" die wichtigsten Merkmale seien.<sup>53</sup> Die Ideologie der Zurückdrängung und (steuerlichen) Verarmung des Staates war der strategische Hebel zur bezweckten Drittmittelabhängigkeit der öffentlichen Hochschulen<sup>54</sup>. Private Akkreditierungsagenturen entzogen dem Volkssouverän und den Hochschulen selbst die Kontrolle über Studiengänge und ihre Curricula. Das generalistische Studium der Sozialen Arbeit soll obsolet werden. **"Studium der Sozialen Arbeit für ..." oder auf Bestellung spezieller Anstellungsträger ist en Vogue.**



"...Beschäftigungsfähigkeit auch als Ausbildungsziel für Hochschulen..." - das sollen sich nun alle Lehrenden und Studierenden auch für Soziale Arbeit auf Empfehlung des Wissenschaftsrates ins Stammbuch schreiben und Hochschul-Bildung als eine lineare "Transferleistung" Richtung Sozial-Unternehmen erbringen ?! Hiermit sind wir

<sup>48</sup> eine, die Menschen selbst für die Folgen der Verarmung verantwortlich machende, neoliberale psychologische Strategie (vgl. Lutz, 2018)

<sup>49</sup> wegen angeblich "fehlender Aktivierungsbereitschaft" dann bestrafende Interventionen (z.B. Hartz IV-Sanktionen)

<sup>50</sup> Gründung der Bertelsmann Stiftung: 08. Februar 1977

<sup>51</sup> Das CHE wurde 1994 von der Bertelsmann Stiftung (Reinhard Mohn) und der Hochschulrektorenkonferenz (Hans-Uwe Erichsen) gegründet. Als „Schlüssel zur Gesellschaftsreform“ bezeichnete der Bertelsmann-Patriarch Mohn die Hochschulen. Mohn hatte zuvor die heute ständig vor dem Bankrott stehende erste deutsche Privatuniversität Witten-Herdecke gegründet. 2001 erfolgte die Abspaltung der privatwirtschaftlich arbeitenden CHE Consult vom CHE. ([https://lobbypedia.de/wiki/Centrum\\_f%C3%BCr\\_Hochschulentwicklung](https://lobbypedia.de/wiki/Centrum_f%C3%BCr_Hochschulentwicklung))

<sup>52</sup> 1996 in einem Stern-Interview

<sup>53</sup> Wolfgang Lieb, <https://www.studis-online.de/HoPo/art-1371-bertelsmann-bildung.php> (27.02.2012)

<sup>54</sup> Die Grundfinanzierung der Hochschulen durch Steuergelder wurde bis heute auf ca. 2/3 der realen Kosten gesenkt



nicht mehr so weit entfernt von dem, was in Industrie und Wirtschaft schon länger praktiziert wird, die direkte Entsendung von Lehrkräften seitens der "Praxis" oder das Sponsoring ganzer Professuren durch Großkonzerne.

## Hasenfreiheit in Zeiten der Jagd oder das Agieren der Rektor\*innen und Landes (Hochschul-)PolitikerInnen

Die Mahnungen der pädagogischen Fachwelt angesichts allorts fehlender qualifizierter Fachkräfte, die Rufe nach dringend notwendigem Ausbau wissenschaftlicher Studiengänge Soziale Arbeit (besonders in den Metropolen) gleiten regelmäßig an den Teflonwesten der politisch Verantwortlichen ab, die sich - wenn überhaupt - mit dem knappen Geld und der Wirtschaftslobby im Rücken für unternehmensgesponserte MINT-Fächer entscheiden und die Ausbildung in SAGE-Fächern<sup>55</sup> immer offensichtlicher outsourcen und eine angebliche "Autonomie" der Hochschulen beschwören.



Zur Abwehr berechtigter Kritik bedienen sich senatorisch/ministerielle Hochschulpolitik-Verantwortliche schon länger der vom Bertelsmann'schen Centrum für Hochschulentwicklung nur allzu gerne gelieferten Expertisen und Begrifflichkeiten, und damit auch deren Denkeinhegungen, in der Kognitionsforschung auch "Framing"<sup>56</sup> genannt.

Das neoliberale Umerziehungsprogramm der letzten 24 Jahre hat die Jagd vorbereitet. Das große HALALI hat längst begonnen, es herrscht "Hasenfreiheit in Zeiten der Jagd"<sup>57</sup>. (vgl. Knobloch 2010:9)

Angesichts schwindender Möglichkeitsräume für kritisches wissenschaftliches Forschen und Lehren an Hochschulen und Universitäten ist es nicht verwunderlich, dass engagierte kritische Sozialarbeiter\*innen und Professor\*innen unter großem persönlichen Aufwand selbstorganisierte Nischen zu nutzen versuchen, die Notwendigkeit subversiven Studierens und Arbeitens ausrufen<sup>58</sup> und die Anzahl kritischer Fachtagungen und Arbeitskreise ansteigt.

Um die im Hintergrund wirkenden, allzu mächtigen strukturellen und ökonomischen Faktoren und Strukturen zu verstehen, ist allerdings analytische Durchdringung erforderlich, ohne die immer das Risiko besteht, in Dauerschleifen moralischer Appelle zu verharren, in "Es kann doch nicht sein, dass ..." oder "Wir müssen doch ..." - Diskursen<sup>59</sup>.

## Literaturverzeichnis

Verschiedene Stellungnahmen von Hochschulen, Professor\*innen, Studierenden und Gewerkschaften gegen den von der Stadt Hamburg geplanten "Dienstherreneigenen Studiengang" stehen zum Download bereit unter diesem Link des Fachschaftsrates an der HAW Hamburg (letzter Abruf 9.9.18):

<https://www.fsr-basababe.de/aktuelles/dualer-studiengang-soziale-arbeit/weitere-stellungnahmen>

Bartosch, Ulrich (2010): Soziale Arbeit als Wissenschaft und akademisches Lehrfach, Sozial Extra 1 | 2 2013

<sup>55</sup> SAGE: Soziale Arbeit, Gesundheit, Erziehung

<sup>56</sup> Weitere verwandte neoliberale Framings: "Studium als Investition in das eigene Humankapital", "Effizienz", "Wissens-Transferleistung", "Freiheit und Autonomie der Hochschulen gegenüber einem bürokratischen Staat" usw. Es ist höchste Zeit, sich die ideologischen und begrifflichen Fallstricke und das "hidden curriculum" der dominierenden (Hochschul-)Politik klar zu machen.

<sup>57</sup> "Zu den Folgen des staatlich verordneten Wettbewerbs gehört, dass politische Aufsicht nicht mehr als solche auftritt. Sie ändert ihre Form, heißt jetzt Freiheit oder Autonomie und tritt auf als wirtschaftlicher Sachzwang: Eigenverantwortlich entscheidet jede Hochschule über ihr Profil. Aber leisten kann sie (sich) nur, was zugleich öffentliche und private Mittel in ihre Kassen bringt. ... Die Freiheit der Hochschulen ist 'Hasenfreiheit in Zeiten der Jagd' (Hannah Arendt)." (vgl. Knobloch 2012:9)

<sup>58</sup> Ging es in den 1960er Jahren noch darum, den "Muff von tausend Jahren unter den Talaren" zu vertreiben, geht es jetzt darum, die als Freiheit deklarierte Unterwerfung unter TINA "There is no alternative" zu entlarven.

<sup>59</sup> Es vergeht kaum eine bundesweite Tagung, Konferenz und Kongress in der Profession Sozialer Arbeit, der/die nicht so oder ähnlich endet.



Dörre, Klaus (2017): Tief unten: Klassenbildung durch Abwertung. In C. Misselhorn, H. Behrendt (Hrsg.), Arbeit, Gerechtigkeit und Inklusion. Springer Verlag

Fischer, Carina; (2018): Professionalisierung trotz „marktgerechter“ Studiengänge? in: J. Stehr et al. (Hrsg.), Konflikt als Verhältnis – Konflikt als Verhalten – Konflikt als Widerstand. Springer VS Wiesbaden

Haug, Frigga (2011): Die vier in einer Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Argument Verlag

Kappeler, Manfred (2018): Es gab keine "Soziale Arbeit im Widerstand", aber Widerstand von Frauen und Männern, die während des NS-Regimes in der Sozialen Arbeit tätig waren. In: 1/18 Sozialwissenschaftliche Literaturrundschau 76

Kellermann, Paul; Boni, Manfred; Meyer-Renschhausen, Elisabeth (Hrsg.) (2009): Zur Kritik europäischer Hochschulpolitik. Forschung und Lehre unter Kuratel betriebswirtschaftlicher Denkmuster, VS-Verlag

Knobloch, Clemens (2012): Wir sind doch nicht blöd. Die unternehmerische Hochschule. Verlag Westfälisches Dampfboot

Küster, Ernst-Uwe; Schoneville, Holger (2012): Qualifizierung für die Soziale Arbeit. In: Grundriss Soziale Arbeit (2012), VS Verlag

Loer, Thomas; Liebermann, Sascha (2009): Technokratisierung durch Selbstentmachtung: Anmerkungen zum Versagen der wissenschaftlichen Profession und eine alternative Antwort auf die Probleme der Hochschule heute in: Paul Kellermann, Manfred Boni Elisabeth Meyer-Renschhausen (Hrsg.) Zur Kritik europäischer Hochschulpolitik. Forschung und Lehre unter Kuratel betriebswirtschaftlicher Denkmuster. VS Verlag 1. Aufl.

Lutz, Tilman (2017): Wandel der Sozialen Arbeit von der Pathologisierung zur Responsibilisierung, in: Politik der Verhältnisse, Politik des Verhaltens – Widersprüche in der Gestaltung Sozialer Arbeit. Dokumentation des 9. Bundeskongresses Sozialer Arbeit in Darmstadt 2015. Wiesbaden, VS-Verlag

Maurer, Andrea (2010): Anmerkungen Zu Richard Münch: "Die akademische Elite". In: Soeffner, H.G.(Hrsg.) (2010): Unsichere Zeiten, VS-Verlag

Münch, Richard (2007): Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Münch, Richard (2018): Der bildungsindustrielle Komplex. Schule und Unterricht im Wettbewerbsstaat. Beltz-Juventa-Verlag

Schultheis, Franz; Cousin, Paul-Frantz, Escoda, Marta Roca i (Hrsg.) (2008): Humboldts Albtraum. Der Bologna-Prozess und seine Folgen. UVK Verlagsgesellschaft mbH (Konstanz).

Wendt, Wolf Rainer (2012): Helfertraining und Akademisierung – Grundlinien der Ausbildungsgeschichte. In: Grundriss Soziale Arbeit (2012), VS Verlag

Thole, Werner (2012): Die Soziale Arbeit – Praxis, Theorie, Forschung und Ausbildung Versuch einer Standortbestimmung. In: Grundriss Soziale Arbeit (2012), VS Verlag

Wernicke, Jens ; Bultmann, Torsten (Hg.) (2010): Netzwerk der Macht - Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh. BdWi-Verlag. Darin: Spindler, Helga: War auch die Hartz-Reform ein Bertelsmann-Projekt? Und: Bachmann, Andreas: Bertelsmann Stiftung und Arbeitsrecht. Alle Wege führen nach Gütersloh

Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. transcript

Zeuner, Bodo (2007): Die Freie Universität Berlin vor dem Börsengang? Bemerkungen zur Ökonomisierung der Wissenschaft. Abschiedsvorlesung, gehalten am 11. Juli 2007 im Otto Suhr Institut. In Prokla Heft 148

Zum Autor: Rodolfo Bohnenberger, Studium Diplom-Sozialpädagogik Universität Bremen 1974-1980 und Praxis in der Offenen Jugendarbeit. Viele Jahre in der Jugendberufshilfe und nach einer Ausbildung zum systemischen Familientherapeuten 13 Jahre ambulante Kinder- und Jugendhilfe bei einem "freien" Träger in Bremen. Seit 1,5 Jahren Lehrbeauftragter am Studiengang Soziale Arbeit an der HS-Bremen; ver.di Mitglied.